

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

A

Nr. 43

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliefern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mk. 1,00 pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Selbstsendungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln,  
den 22. Oktober 1926.

Anzeigenpreis für die viersp. Millimeterzelle 20 Pfennig. Stellenangebote und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Denloerwall 9. Telefonruf West 51516. — Redaktionsschluss ist Samstag Mittag.

27. Jahrg.

## Wirtschaftskrise und Arbeitnehmerschaft.

### Der Deutsche Gewerkschaftsbund zu wichtigen Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik.

Am 11. Oktober fand in Nürnberg die Herbstauschuss-Sitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften statt. In dieser Sitzung beschäftigten sich die Vertreter der einzelnen Verbände mit Fragen, die für die Arbeiterinteressenvertretung in organisatorischer Hinsicht von großer Bedeutung sind.

Auf die Tagung des Gesamtverbandes folgte am 12. und 13. Oktober die Herbstauschusstagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dadurch, daß am zweiten Tage öffentliche Verhandlungen stattfanden, hat die Tagung auch in der Öffentlichkeit besondere Beachtung gefunden. Bei den geschlossenen Verhandlungen wurde zunächst vom Geschäftsleiter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Dr. Brüning, Bericht erstattet. Dr. Brüning konnte auf Grund der Vorgänge im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands nachweisen, welche Bedeutung der Deutsche Gewerkschaftsbund hat, und die Erfolge aufzeigen, die für die Arbeitnehmerschaft erreicht wurden. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir das Nachfolgende:

Die letzte Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken fand noch vor Einbruch der großen Krise statt. Wir wandten uns damals entschieden gegen die Preisstrebereien auf verschiedensten Gebieten und unterstützten die Preisabbauaktion der Regierung, die von den Sozialdemokraten lächerlich gemacht wurde. Die Entwicklung hat uns recht gegeben, daß wir uns mit aller Kraft für den Preisabbau eingesetzt haben. Es gelang, trotz der gefährlichen Anzeichen der damaligen Zeit wenigstens die Preise zu halten und eine weitere Steigerung zu verhindern.

Bekannt sind auch die Maßnahmen des D. G. B. auf dem Gebiet des Ernährungswesens, die ja eng mit der Preisgestaltung zusammenhängen. Große Fragen, wie die der Getreidezölle und der Handelsverträge, haben uns beschäftigt, und es ist von unseren Unterhändlern auf diesem Gebiete mehr gearbeitet und erreicht worden, als in der Öffentlichkeit bekanntgemacht ist. Zahlreiche Teilfragen haben ebenfalls unser Eingreifen nötig gemacht. Um die Verbesserung der Gefrierfleischversorgung haben wir uns mit Erfolg bemüht.

In manchen Fragen haben wir gemeinsam mit anderen Richtungen der Gewerkschaften gearbeitet.

Die Angriffe der Arbeitgeber auf das Schlichtungswesen sind abgelehnt worden. Auch im Laufe des letzten Jahres ist am Arbeitschutzgesetz weiter gearbeitet worden. Dasselbe gilt vom Gesetz betreffend Berufsbildung Jugendlicher. Auch zum Strafrecht haben wir einige Vorschläge gemacht, die den Schutz jugendlicher Arbeitskräfte betreffen. Auf die Frage der Arbeitsgemeinschaft soll hier nicht näher eingegangen werden. Aber daß die Massenentlassungen, nicht nur durch ihre Zahl, sondern auch durch ihre Form in höchstem Maße verwerflich und nicht angetan gewesen sind, die Atmosphäre zu entspannen, soll gesagt sein. Eine Eingabe an die Länderregierungen mit der Bitte um Errichtung von Lehrstühlen für Arbeitsrecht an den Universitäten hat zum Ziel, das Arbeitsrecht mehr in den Vordergrund zu stellen und zu erreichen, daß auch die Angehörigen anderer Berufe, nicht zuletzt die Juristen, besser in das Wesen des Arbeitsrechts eingeführt werden wie bisher.

Abgeschlossen wurde in diesem Jahr das Reichsknappschaffengesetz, das in seiner Gestaltung einen großen Erfolg für die Arbeitnehmer bedeutet. Sehr aufmerksam wird von uns die Entwicklung der gesamten Sozialversicherung verfolgt. Mit Sorge sehen wir die Entwicklung in der Invalidenversicherung. Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die Beiträge nicht in genügender Zahl, vor allem aber nicht in der richtigen Höhe geleistet werden.

Ein großer Teil unserer Arbeit galt dem Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Zuerst waren es die Werksbeurlaubten, für deren Einbeziehung in die Fürsorge wir bemüht waren. Auch die Schwierigkeiten der Saisonarbeiter haben uns vielfach beschäftigt. Sehr oft wurde ihnen eine viel zu lange Wartezeit auferlegt. Die Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung und ihre Verbesserung ist unser Verdienst. Aber auch hier ist noch etwas zu tun übrig. Die Fürsorge für erwerbslose Tabakarbeiter und die Schlichtung bei Erlass der Ausfüh-

rungsbestimmungen hat uns wiederholt Anlaß zum Eingreifen gegeben. Die Milderung der Bedürftigkeitsprüfung wurde von uns ebenfalls erreicht. Leider ist es nicht gelungen, die sogenannte Zwischenlösung mit nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen durchzuführen, bei der wir die Bedürftigkeitsprüfung ganz zu beseitigen hofften. Man hat zunächst eine Erhebung vorgenommen, um die Belastung durch die Lohnklasseneinteilung zu prüfen. Wir werden bei vorliegenden genauen Zahlen sofort unsere Forderungen erneuern.

Die Einbeziehung der Jugendlichen in die Fürsorge, ihre Heranbildung zur Beschäftigung sowie Veranstaltung von Kur- und Ferien aller Art ist ebenfalls zu nennen. Ganz besonders haben wir uns bemüht, dafür zu sorgen, daß die Erlasse und Verordnungen auch wirklich bis unten durchgeführt werden. Hier liegt noch vieles im argen. Auch die gerechte Gestaltung der Fürsorge in den Grenzgebieten hat uns beschäftigt. Ebenso sind wir bemüht gewesen, Änderungen durchzusetzen, wenn einzelne Bestimmungen hart oder ungerecht ausgelegt worden sind. So ist es gelungen, die Anrechnung des Wochengeldes auf die Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. In Vorbereitung ist eine Verordnung, durch die die Benachteiligung derjenigen aufgehoben wird, die in der 12-Monatsfrist keine 3 Monate Beschäftigung aufweisen können, weil sie krank gewesen sind. Ebenso sind wir vorstellig geworden, daß Bestimmungen getroffen werden, die die Arbeitswilligkeit nicht lähmen, sondern sie steigern. Demnächst soll kurze Arbeitsunterbrechung nicht mehr den Verlust der Anwartschaft mit sich bringen, was dies bisher möglich ist. Aber auch die Notstandsarbeiten, ihre Einrichtung, die Vergütung für sie, sind Gegenstand vielfacher Vorstellungen gewesen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist von uns verlangt worden. Von uns sind viele Vorschläge dafür gemacht worden. Wir haben verlangt und erreicht eine Regelung der Amtsdauer der Beamten bei den Verwaltungsausschüssen, so daß neue Menschen in die zur Entscheidung berufene Körperschaft hineinkommen.

Die Frage der Arbeitsvermittlung ist noch wichtiger als die der Fürsorge. Bei den Ausgesteuerten kommt alles darauf an, daß sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen; sie sollen deshalb bevorzugt vermittelt werden. Wir wenden uns aber gegen ein Monopol der öffentlichen Nachweise. Die Lage unserer Gasthausangestellten, der Musiker, der Angestellten überhaupt, hat uns mehrfach Gelegenheit gegeben, für die Gleichberechtigung der Berufsnachweise und gegen ihre Zurücksetzung einzutreten. Entschieden haben wir uns aber dagegen gewandt, daß politische Parteien Arbeitsnachweise unterhalten dürfen. Wir halten es für unvereinbar mit einer gesunden Regelung, wenn politische Parteien einen Arbeitsnachweis haben dürfen und die Vertreter der Berufsvereine vor den Strafrichter gebracht werden, weil sie Stellen vermitteln. Die Arbeitslosenversicherung ist vielfach Gegenstand der Beratung gewesen. Die Lage ist heute so geklärt, daß wir die gesetzliche Festlegung verlangen können.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms kommt dem Wohnungsbau erhöhte Bedeutung zu. Auch hier sind wir nicht müßig gewesen.

In allen Dingen hat sich unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ als unentbehrliches Nachrichten- und Bindemittel herausgestellt. Er hat uns große Dienste geleistet. Die bereits im Vorjahre begonnene Wiedererrichtung von Orts- und Landesauschüssen hat weitere Fortschritte gemacht. Unsere Zukunftsaussichten sind nicht schlecht.

Dem Geschäftsbericht folgte ein Vortrag des Kollegen Stegerwald über: „Die Kämpfe um den geistigen Inhalt der Arbeitnehmerbewegung“. In längeren, tiefgründigen Ausführungen zeichnete der Redner ein Bild der Strömungen, die sich im deutschen Arbeitnehmerlager bemerkbar machen. Die dem Vortrag folgende Aussprache zeigte, daß innerhalb der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung einheitliche Auffassung über Wege und Ziel unserer Standesbewegung besteht.

In der öffentlichen Sitzung am 13. Oktober wurden über das Thema: „Wirtschaftskrise und Arbeitnehmerschaft“ drei Vorträge gehalten, die gegliedert waren in: 1. Produktionssteigerung und Absatzkrisis, Berichterstatter Dr. Jaba; 2. Aufgaben

des Staates, Berichterstatter Kollege Waltrusch; 3. Gewerkschaftliche Selbsthilfe durch Lohnpolitik und Lohnverwendung, Berichterstatter Kollege Otte.

Bei Eröffnung der öffentlichen Tagung wies Kollege Stegerwald darauf hin, daß wir in den letzten Jahren auf fast allen Gebieten auf Moorboden gelandet seien. Heute hätten wir sowohl außen- wie auch innenpolitisch wieder festen Fuß gefaßt und jetzt sei auch die Zeit gekommen, um wieder mit Ziel-sicherheit an die Gestaltung des Wirtschaftslebens heranzutreten. Bei dieser Gestaltung des Wirtschaftslebens ergeben sich für den Deutschen Gewerkschaftsbund wichtige Aufgaben. Es handelt sich dabei darum, sich darüber klar zu werden, wo wir stehen, und was wir wollen. Die Tagung sollte dazu dienen, die Mittel und Wege zu zeigen, wie wir die jetzige Wirtschaftskrise beseitigen, und die soziale und kulturelle Hebung unserer Arbeitnehmerschaft erzielt werden kann. In der öffentlichen Sitzung nahmen eine größere Anzahl hervorragender Vertreter der Regierungen, der Stadt Nürnberg und der befreundeten konfessionellen Organisationen beider Konfessionen teil.

Den Inhalt der drei Vorträge werden wir in den nächsten Nummern unserer Verbandszeitung auszugsweise wiedergeben. Als erster Diskussionsredner sprach Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, dessen Ausführungen angesichts des gegenwärtigen Kampfes um die Sozialpolitik von besonderer Bedeutung sind und die wir aus diesem Grunde nachfolgend ausführlich wiedergeben.

#### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

führte aus:

Nachdem in den vorausgegangenen Ausführungen so oft Staat und Regierung apostrophiert worden sind, so kann man es wohl verstehen, wenn ich als erster Diskussionsredner das Wort ergreife. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo eine Regierung sagen konnte: „Der Staat bin ich.“ Diese Situation ist heute nicht mehr gegeben. Und ich glaube auch, daß die heutigen Ausführungen nicht allein an die Regierung gerichtet wurden. Der Staat ist ja heute das Volk, und die Volksvertreter die Parteien. Diese haben die Aufgabe, im Laufe der folgenden Zeit das zu tun, was früher Aufgabe der Regierung war. Es ist leicht, Programme aufzustellen, doch wenn es an die Durchführung derselben geht, werden diese sich hart im Raume stoßen. Aber trotzdem liegt nicht bloß ein großer Teil Initiative bei den Volksvertretungen, sondern auch bei der Regierung, der Reichsregierung, selbst. Deshalb freue ich mich, daß Sie mich zu Ihrer Tagung eingeladen haben, um persönlich die Wünsche der Arbeiterschaft entgegennehmen zu können. Ich messe der Tagung die größte Bedeutung bei. Soll doch dadurch eigentlich erst der Allgemeinheit klargemacht werden, welche gewaltige Umwälzungen der Weltkrieg in der Volkswirtschaft zur Folge gehabt hat und noch weiter zur Folge haben wird. Es ist nicht so, daß wir die Hebung unserer Wirtschaft auf dem Boden der Vorkriegszeit aufbauen, im Gegenteil, wir stehen vor so gewaltigen Umwälzungen in der Wirtschaft, daß mit der Nachkriegszeit und speziell in der Gegenwart eine

völlig neue Zeit

beginnt, und dazu haben Sie heute in weitem Maße Stellung genommen. Die heutige Tagung stellt eine notwendige Ergänzung des letzten Düsseldorf Kongresses dar. Der große Ernst, mit dem Sie alle Fragen hier behandelt haben, so frei von jeder Vorherrschaft des Agitationsprinzips, muß mit einem Erfolge der Verhandlungen gekrönt sein.

Nun treffen ja die großen neuen Hauptaufgaben nicht mehr in eine gewerkschaftliche Hochkonjunktur, im Gegenteil, es leidet die Gewerkschaftsbewegung aus verschiedenen Gründen. Aber je größer und schwieriger die Aufgaben heute sind, desto weniger braucht die Gewerkschaftsbewegung zu verzagen. Ihre Aufgaben sind heute noch nicht beendet, sondern sie heben eigentlich jetzt erst an, und in diesen Schwierigkeiten werden sich eben die Kräfte zeigen. Die Gewerkschaftsbewegung ist im Ringen groß geworden und muß auch im Ringen groß bleiben.

Die Referenten haben sich mit der Wirtschaftspolitik befaßt. In meiner Eigenschaft als Reichsarbeitsminister kann ich auf dieses Thema nicht näher eingehen, da ich hierzu nicht berufen bin.

Ich möchte jedoch hervorheben, daß wir uns über eins klar sein müssen, daß alle Staatspolitik nur geeignet sein kann, die Steine in der Wirtschaft wegzuräumen, fördernd und helfend einzugreifen, aber die Wirtschaft vollkommen umzugestalten kann nicht Aufgabe der Staatspolitik sein. Diese Dinge müssen aus sich selbst heraus kuriert werden. Ich wende mich deshalb mehr den Forderungen der Sozialpolitik zu und möchte da hervorheben, daß ich durchaus dem Gedanken zustimme, daß die neue Zeit nicht weniger Sozialpolitik, sondern eine gesteigerte Sozialpolitik verlangt. Wir stehen da einem Streit von Wünschen in dieser Hinsicht gegenüber. Den einen haben wir zu viel Sozialpolitik gemacht, den anderen zu wenig. Ich billige durchaus diese Kritik, da sie aus der Not der Zeit heraus geboren wurde. Aber die Not ist so groß, daß es wohl überhaupt keiner Sozialpolitik möglich sein wird, allgemein zu befrichtigen. Die Kritik stimmt auch insofern, weil bei dem schnellen Tempo unserer heutigen Wirtschaftsbewegung viele überhaupt nicht mehr folgen können. In den meisten Teilen der Bevölkerung herrscht eine große Unklarheit, was hier überhaupt geleistet worden ist.

Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit

unterscheidet sich wesentlich von der vor dem Kriege. Im großen und ganzen hat sich die Vorkriegs-Sozialpolitik auf die Verwirklichung der Sozialversicherung und des Arbeiterschutzes beschränkt. Darüber hinaus ist sie nicht gekommen. In den neunziger Jahren ist sogar ein vollständiger Stillstand eingetreten. Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit jedoch hat mit den zum größten Teil überlebten Gesetzen der Vorkriegszeit gänzlich aufgeräumt. Dieselben passen nicht mehr in das heutige Wirtschaftsleben. Ich weise darauf hin, daß wir einen Teil der Sozialpolitik der Vorkriegszeit wieder vollkommen neu haben aufbauen müssen, und wir sind heute trotz des Krieges und der Inflation schon weiter wie vor dem Kriege.

Auch die Sozialversicherung ist bedeutend weiter ausgebaut trotz des durch die Inflation verlorengegangenen Kapitals. Dann ist es aber auch nicht so, als ob die Sozialpolitik nicht neue Ideen verwirklicht hätte. Ich will nur auf einige Punkte aufmerksam machen: Der Arbeiterschuttsgedanke bewegt sich im Hinblick auf die Vorkriegszeit auf ganz anderen Gebieten. Vor allem ist auch erreicht worden, daß die Persönlichkeit, der Mensch, in der sozialen Gesetzgebung ganz anders zur Geltung kommt wie früher. Wenn man das alles finanziell werten will, dann darf ich nur auf ein paar Zahlen hinweisen: Der Reichsetat 1925 hatte für soziale Zusammenhänge nicht weniger als 1600 Millionen Mark vorgesehen. Im ganzen entfallen 1,7 Milliarden nur für soziale Zwecke im engeren Sinne.

Die Sozialversicherung hat im Jahre 1925 2,6 Milliarden Mark ausgegeben, im Vergleich zur Friedensleistung 1,2 Milliarden Mark mehr. Was die Kommunen für soziale Zwecke leisten, ergibt daraus, daß Berlin im Jahre 1913 5 Proz., 1925 19 Proz., und 1926 sogar 22 Proz. für soziale Zwecke aufgewendet hat. Und diese Ausgaben der Kommunen sind nicht geringer geworden, sondern befinden sich im stetigen Steigen. Wenn wir einen Blick vorwärts tun, so können wir auch feststellen, daß die kommende Gesetzgebung auf soziale Gebiete ganz bedeutende Fortschritte machen wird. Ich erinnere an die Vorbereitung des Arbeitsgerichtsgesetzes, Gesetz über Arbeitslosenversicherung, das neue Arbeiterschuttsgesetz und die wichtigsten Teile desselben, das Arbeitszeitgesetz. Gerade hier zeigt sich in unserer Sozialpolitik eine interessante Entwicklung. Man sucht im Jahre 1924 bei der Ratifikation des Washingtoner Abkommens Deutschland als den Sündenbock hinstellen. Heute wird man das wohl nicht mehr behaupten können. Im Gegenteil, Deutschland ist in bezug auf die Arbeitszeitfrage weiter vorgeschritten als die Länder, die seinerzeit sich bemüht gefunden haben, wie der italienische Vertreter, Deutschland zu kritisieren und als Gegner dieses Abkommens zu betrachten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns warbte sich mit der

Lohnpolitik

zu und führte folgendes aus:

In letzter Zeit sind mit dem Ablauf wichtiger Lohnverträge die Fragen der Lohngestaltung wieder mehr in den Vordergrund getreten. Wer sich mit diesen Fragen beschäftigt, wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Verhältnisse in den einzelnen Industrie- und Gewerbezweigen heute noch weniger wie früher überall gleich liegen. Gerade in letzter Zeit hat sich vielmehr die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige zueinander vielfach verschoben.

Ich nimmte dem Herrn Referenten darin bei, daß die große Arbeitslosenfrage nicht in allen Wirtschaftszweigen einen ungünstigen Schluß auf die wirtschaftliche Lage der Untersuchungen rechtfertigt. Trotz der großen Zahl der Erwerbslosen arbeiten einzelne Industrien vielmehr unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen.

Von der Arbeiterschaft wird mit Recht verlangt, daß die Rationalisierung der Betriebe und die steigende Konzentration der Unternehmungen in allen Fällen, wo durch Verbilligung der Preise eine Hebung des Absatzes er-

reicht werden konnte, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Arbeiterschaft Vorteile bringen müssen. Gerade in der Erwartung, daß Rationalisierung und Zusammenlegung der Betriebe letzten Endes zur Hebung der Kaufkraft des Lohnes und damit zu einer Besserung der Lebenshaltung führen würden, hat sich die Arbeiterschaft mit Rationalisierung und Konzentration grundsätzlich abgefunden. Es trifft noch hinzu, daß mit der Vervollständigung der modernen Maschinen- und Werkzeugmaschinen nach sogenannter gelernter und ungelernter Arbeit nicht mehr überall wie bisher angewandt werden kann. Auch an den sogenannten ungelerten Arbeiter werden heute vielfach hohe Anforderungen gestellt.

Betrachtet man das Problem der Lohngestaltung in seiner Gesamtheit, so wird man bald erkennen, daß eine allgemein schematische Regelung heute weniger denn je angebracht ist. Man wird in den Industriezweigen, die unter günstigen Bedingungen arbeiten, das Verlangen der Arbeiterschaft auf Beteiligung am Ertrage allgemein für berechtigt halten müssen, wenn sie andererseits sich auch bereit erklärt, die Folgen eines schlechten Geschäftsganges in gewissen Grenzen mitzutragen. Aus Lohn erhöhungen in Gewerben mit guter Geschäftslage dürfen daher nicht ohne weiteres Lohnforderungen in anderen Gewerben abgeleitet werden, die unter ganz anderen Bedingungen arbeiten. Es gibt also heute keine starre Eins in der Lohngestaltung! Deshalb ist es auch nicht richtig, von vornherein in allen Wirtschaftszweigen die Lohngestaltung auf den über den Index errechneten Friedensreallohn zu begrenzen.

Sich über die Grundsätze der Lohnpolitik zu verständigen und sie in der Praxis durchzuführen, ist in erster Reihe Aufgabe der Parteien selbst. Allerdings hat auch der Staat die Möglichkeit, hier im Einzelfall einzugreifen, nämlich durch die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. Aber von diesem staatlichen Machtmittel darf nur mit großer Zurückhaltung Gebrauch gemacht werden, will man nicht seinen Nutzen in das Gegenteil verkehren. Die Verbindlichkeitsklärung muß eine Ausnahme bleiben. Voraussetzung ist, daß die Allgemeinheit ein Interesse daran hat, den Streit in der durch den Schiedsspruch vorgesehenen Weise beizulegen. Würde von der Einrichtung der Verbindlichkeitsklärung zu häufig Gebrauch gemacht, so wäre die Folge die Erstickung des Selbstverantwortung der Parteien. Die Kraft der Gewerkschaften würde dadurch geschwächt und auf die Dauer die ganze Einrichtung des Schlichtungswesens gefährdet.

Der Vorwurf der staatlichen Bevormundung der Parteien, oder gar der eines Mißbrauches der Verbindlichkeitsklärung, der hier und da erhoben wird, ist unbegründet. Gesetzgebung und Verwaltung suchen die unmittelbare Verständigung der Parteien durch Beordnung des tariflichen Schlichtungswesens und durch die Art der Regelung des amtlichen Schlichtungsverfahrens in jeder Weise zu fördern. Auch die Schlichtungsbehörden haben in jeder Lage des Verfahrens ihr Hauptstreben darauf zu richten, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen.

Die Frage der Reform des Schlichtungswesens kann heute wohl aufgeworfen werden. Es wird freilich nicht leicht sein, andere Methoden zu finden. Es kommt schließlich doch auf den Entscheid eines Mannes hinaus. Ob das nun ein einzelner oder der unparteiliche Dritte ist, ist schließlich unerheblich. Das Beste wäre wohl, wenn ein Mann der dem Reichstag und der gesamten Öffentlichkeit die Verantwortung trägt und mit der ganzen Last dieser Verantwortung die Entscheidung treffen muß. Wir hoffen, daß wir mit der Zeit auch auf dem Gebiete der Lohnfrage die rechte Lösung finden, wenn wir das Unrige tun.

Ich glaube ausprechen zu dürfen, daß, wenn in allem gesehen, Deutschland heute noch auf seine Sozialpolitik stolz sein kann, besonders wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in England betrachtet. Und wir können mit Jung und Recht sagen, daß wir auch heute noch in sozialpolitischen Dingen international eine führende Stellung einnehmen. Die Sozialpolitik gehört formlich zum Wesen des deutschen Volkes, sie bildet einen wichtigen Bestandteil desselben, ist ein gutes Stück deutscher Natur und muß als solches gesehen und bewertet werden.

Berechnend ist, daß gerade in dieser Zeit des Kommunismus der Gegner des Kapitals heute mehr denn je auf die Hilfe des internationalen Kapitals angewiesen ist, und es ist weiter bezeichnend, daß selbst Deutschland dem kommunistischen Staate Kredite gewährt, der seinerzeit das Geld dazu verwendet hat, in Deutschland Revolution zu machen. Der praktische Beweis, daß wir mit kommunistischen Grundrissen weiterkommen, ist bis jetzt nicht erbracht worden. Darum wünsche ich, daß in dieser schweren Zeit sich die Arbeiterschaft zur sozialen Höhe entwickeln und die Gewerkschaft bilden und gestalten möge zu ihrer und zum Wohle der Allgemeinheit.

Die Entschleunigungen.

Entschleunigung in den Erwerb und Kartellbildungen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes beauftragt angesichts der fortschreitenden internationalen Verständigungen und Preisveränderungen bei Vorkauf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in Verbindung mit den laufenden Instanzen des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften und der befreundeten Arbeitgeber- und Bauernorganisationen zu treten, um ein Programm nachstehender Durchföhrung einer Verwirklichung des Gesamtprogramms, betreffend monopolistische Preisbildung in allen diesen verschiedenen Ländern, anzufassen.

Überall dort, wo eine monopolistische Preisbildung durch den neuen Zusammenschluß besteht, ist durch gesetzlichen Zwang eine paritätische Vertretung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der abnehmenden Industrien zu berufen. Durch Ergänzung der bisherigen Betriebsratsgesetzgebung ist die Einführung von Zentralbetriebsräten bei den großen fusionierten Konzernen gesetzlich zu sichern. Das gilt auch für diejenigen Konzerne, die als Spitze nur eine Verwaltungsorganisation bzw. Verkaufsorganisation haben und nur wenige Angestellte und Arbeiter beschäftigen. Durch Reichsgesetz ist zu bestimmen, daß Preisveränderungen seitens monopolistischer Konzerne bei bestimmt zu bezeichnenden Roh- und Halbfabrikate-Industrien der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und eines kleinen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats unterliegen. Die Gesamtkontrolle bei fortschreitender Vertiefung der Industrie hat der Reichswirtschaftsrat durchzuführen.

Entschleunigung zur Siedlungsfrage.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes hält zur Sicherung des Deutschtums im Osten, zur Wiederanbahnung eines erträglichen Gleichgewichts zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung, sowie zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes, weitmöglichst aus eigenem Bodenertrag, die tatkräftige Förderung der inneren Kolonisation für eine dringende Notwendigkeit. Er begrüßt deshalb die angekündigten Maßnahmen der Reichs- und Länderregierungen zur Bereitstellung größerer Reichsmittel, als langfristige Kredite zu niedrigerem Zinsfuß und die Gewährung angemessener Bauzinsen für Siedler. Am schnellsten und billigsten wird die Verdichtung der deutschen Bevölkerung in den menschenarmen Gebieten und die Ueberflüssigmachung der ausländischen Wanderarbeiter durch den verstärkten Bau von Familienwohnungen für Landarbeiter erreicht werden. Als besonders wünschenswert erscheint die Selbstmachung weiterer und dritter Bauernhöfe und damit die Schaffung von Bauernhöfen im Osten. Die hierzu notwendigen Maßnahmen dürfen aber nicht dazu führen, daß deutsche Landarbeiterfamilien ihre Existenz verlieren. Sie müssen vielmehr bei der Beschaffung landwirtschaftlicher Großgüter bei Geeignetheit und Vereinfachung besondere Berücksichtigung und Erleichterung finden.

Zur Förderung der Selbstmachung unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung ist die Umwandlung der bisher immer kurzfristig verlängerten Pachtverordnungen durch die Schaffung eines neuen Pachtrechtes notwendig, um einen dauernden rechtlichen Schutz für den Pächter zu sichern.

Außer der Beschaffung landwirtschaftlichen Kulturbodens in den östlichen Provinzen ist die Umwandlung aller geeigneten Moor- und Oedlandflächen in den übrigen Teilen Deutschlands eine der dringlichsten Aufgaben der deutschen Innenkolonisation.

Entschleunigung zur Wohnungsfrage.

Der bestehenden Wohnungsmangel kann nur wirksam abgeholfen werden, wenn in Deutschland für die nächsten 10 Jahre jährlich mindestens 250 000 Wohnungen neu geschaffen werden. Das bedingt die Ausführung eines Wohnungsbauprogramms auf ebenso lange Zeit. In seiner Durchführung ist eine gleichmäßige Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr, Abschluß von festen Lieferungsverträgen sowie langfristigen Tarifverträgen notwendig.

Die Sicherung des Bauprogramms ist aber nur möglich durch vorläufige Fortsetzung der bisherigen Wohnungs- und Mietenzwangswirtschaft, die dem Wohnungsbauprogramm in seiner jährlichen Entwicklung anupassen ist, und durch Bereitstellung steigender Beträge aus der Hausinssteuer für Wohnungsbauzwecke bis zu ihrer möglichst restlosen Verwendung d. h. Dabei sind gemeinnützige Wohnungsbauvereine besonders zu berücksichtigen. Die Landwirtschaft ist zur Hausinssteuer heranzuziehen, um so mehr, als die Hausinssteuer zum großen Teil für den ländlichen Wohnungsbau Verwendung findet.

Durch Aufnahme einer Anleihe sind weitere Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen. Die über einen erträglichen Mietpreis hinausgehende Zinslast dieser Anleihe ist aus der Hausinssteuer zu decken.

Die Hypothekensicherung muß erleichtert werden. Die Finanzierung des Wohnungsbaues ist in Zukunft wie folgt zu gestalten: 50 Proz. durch 1. und 2. Hypothek, 30 Proz. durch Hausinssteuer, 10 Proz. durch Eigenkapital. Sparkassen und Versicherungsträger sowie Hypothekenanstalten sind in größerem Maße als Hypothekensicherer heranzuziehen. Hypotheken sowie Zwischenkredite sind zu einem billigeren Zinsfuß zu gewähren. Eine Verbilligung des Bauzins ist vor allem auch durch eine geeignete Rationalisierung anzustreben. Das Hauptgewicht ist zu legen auf die Erstellung kleinerer Wohnungen. Dabei sind aus gesundheitslichen, sittlichen und finanziellen Gründen besonders Einfamilienheimstätten mit Garten, und Häuser, die im Flachbau errichtet werden, zu unterstützen. Die Gemeinden sind anzuhalten, durch Erlass, Verbilligung oder Stundung der Anliegerkosten das Bauen zu erleichtern.

Erste Vorbedingung für das Anbahnen der neuen Mieten an die alten ist das Festhalten der durch die Inflation verbilligten Bodenpreise und die Verhinderung neuer Boden Spekulation. Dabei ist die baldige Einführung des neu bearbeiteten Bodentormgesetzes (Wohnheimkündigungsgesetz) und des Preussischen Städtebaugesetzes erforderlich.

Entschleunigung über Mitwirkung der Arbeitnehmersvertreter in den öffentlich-rechtlichen Verwaltungen.

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert erneut, die in der Reichsverfassung den Arbeitnehmern zugesicherte gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte namentlich praktisch von Gesetzes wegen durchzuführen. Er fordert vor allem die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Handels- und Industriekammern, in den Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie die baldige Errichtung von Betriebswirtschaftsräten und des endgültigen Reichswirtschaftsrates in organischer gegliedertem Aufbau. Für diese Körperlichkeiten sollte die freie Selbstverwaltung und Betätigungsmöglichkeit in allen wichtigen Angelegenheiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik gesetzlich festgelegt werden.

Man kann von der Arbeitnehmerschaft nicht Einsicht, Verantwortung und Verantwortung für die Wirtschaft verlangen, wenn man sie überall dort, wo im Namen der Wirtschaft gesprochen, beauftragt und beaufachtet wird, ausschaltet.

Entschleunigung zum Arbeitsschutzgesetz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert von den gesetzgebenden Körperschaften und insbesondere vom Reichsarbeits-

ministerium die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes. Die Schaffung eines umfassenden Arbeitsschutzgesetzes ist heute nicht mehr zu entbehren. Der unter das Schutzgesetz fallende Kreis darf nicht zu eng gezogen sein und muß der sozialpolitischen Entwicklung Rechnung tragen. So wünschen wir die Einbeziehung der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, der Binnenschifffahrt und Flößerei wie auch der Betriebe der Luftschifffahrt. Mit Rücksicht auf die großen Unfallgefahren im Bergbau und im Baugewerbe ist ein Reichsbergarbeiterchutzgesetz sowie ein Reichsbauarbeiterchutzgesetz sofort dem Reichstag vorzulegen. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Grundzüge des Arbeitsschutzgesetzes auch für die Beamten auf Grund besonderer Vorschriften Anwendung finden.

Die Regelung der Maximalarbeitszeit hat nur dann volle Wirksamkeit, wenn die Bestimmungen bezüglich der Ueberarbeit, der Pausen und des Schichtwechsels nicht eine Fassung erhalten, die zu viele Abweichungen ermöglicht.

Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und für Frauen vor und nach der Niederkunft müssen den wiederholt geltend gemachten Forderungen angepaßt werden.

Besondere Aufmerksamkeit und schärfsten Widerspruch verdienen ferner die Bemühungen auf Durchbrechung, ja Verrückung der Sonntagsruhe-Bestimmungen, sowohl durch die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit, als auch durch das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag sowie Herstellung und Vertrieb von Zeitungen.

Schließlich bedarf die Arbeitsaufsicht bzw. Grubenkontrolle einer Neuorganisation, um ihren wichtigen und vielseitigen Aufgaben gerecht werden zu können. Dabei muß die Stellung der aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen Gruben-, Handels- und Gewerkekонтролеure endlich eine Klärung und Verbesserung erfahren.

Falls der beschleunigten Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes Schwierigkeiten entgegenstehen, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine sofortige gesetzliche Zwischenregelung auf dem Gebiet der Arbeitszeit, und zwar dahingehend, daß das während der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zulässige Höchstmaß der Arbeitszeit acht Stunden, im Bergbau unter Tage sieben Stunden, nicht überschreiten darf. Ihre Begründung findet diese Forderung in den vom D. G. B. gemachten Feststellungen, daß trotz anhaltender Arbeitslosigkeit bisher in nicht gekanntem Ausmaß Ueberstunden und Ueberstunden geleistet werden.

**Entschliessung zum Lohnwesen.**

Angeichts der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Notwendigkeit, durch eine Stärkung der Kaufkraft eine größere Belebung des Innenmarktes und damit gleichzeitig einen Rückgang der Arbeitslosenziffern zu erzielen, tritt das Erfordernis einer wesentlichen Hebung des Lohnniveaus der deutschen Arbeitnehmerschaft verstärkt in den Vordergrund. Die Ausschüttung des D. G. B. stellt fest, daß die durch die Vervollkommen der Technik und Rationalisierung der Wirtschaft erzielte gesteigerte Produktivität und Verringerung der Produktionskosten den Arbeitnehmern in Form von höheren Löhnen seither nicht zugute gekommen ist. Im Gegenteil: die bisherige mit unsozialen Erscheinungen und Entlassungen verbundene Entwicklung ist zum größten Teil auf Kosten der Arbeitnehmer vor sich gegangen. Eine Rationalisierung, die erhebliche Produktionssteigerungen, hohe Preise und steigende Gewinne für die Unternehmer bringt, bedeutet das Gegenteil einer lebensreichen Entwicklung und einer Höherführung des Gemeinschaftslebens des deutschen Volkes, wenn sie nicht auch in Form von höheren Einkommen den arbeitenden Schichten mit zugute kommt. Entsprechende Erhöhung der Löhne und möglichsie Senkung der Preise müssen im Zeitalter der Rationalisierung und der Zusammenlegung in einer Reihe von Industrien in angemessener Weise Hand in Hand gehen. Den Gewerkschaften erwächst aus dieser Lage die Pflicht einer aktiven Lohnpolitik. Indem die Ausschüttung des D. G. B. von den Arbeitgebern mehr Verständnis für eine aktive Lohnpolitik erwartet, bittet sie gleichzeitig das Reichsarbeitsministerium und die in Betracht kommenden Schlichtungsstellen, den Gewerkschaften in ihrem Bemühen, den Stand der Löhne zu erhöhen, Unterstützung angedeihen zu lassen.

**Entschliessung zur Erwerbslosenfürsorge.**

Die große Not der Erwerbslosen hat durch das langsame Sinken der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch keine sichtbare Erleichterung erfahren.

Das dringendste Gebot der Stunde ist neben einer bevorzugten Unterbringung der langfristig Arbeitslosen die Verlängerung der Unterstützungsdauer für Ausgesteuerte sowie die Durchführung aller Maßnahmen, die geeignet sind, Arbeitsgelegenheit zu bieten.

Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms verdienen Projekte den Vorrang, die das Wirtschaftsleben allgemein befruchten. Die herkömmlichen Notstandsarbeiten dürfen nicht benutzt werden, um ordentliche Arbeitsgelegenheit zu schmälern oder Lohndruck auszuüben.

Volkswirtschaftlich wertvollen Betrieben, die zu Kurzarbeit gezwungen sind, muß die Erhaltung eines leistungsfähigen Arbeiterstammes durch Verbesserung der Kurzarbeiterfürsorge ermöglicht werden.

Alle arbeitslosen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, gleichviel, ob sie schon eine Arbeitsstelle gehabt haben oder nicht, müssen entweder bei geeigneten Pflicht- oder Notstandsarbeiten beschäftigt werden oder in Kursen beruflicher oder allgemeinbildender Art Aus- und Weiterbildung erfahren. Den Gemeinden sind die Kosten dieser Maßnahmen aus Reichs- und Landesmitteln zu erstatten.

Die Beratung und Verabschiedung des Gesetzesentwurfes über die Arbeitslosenversicherung darf durch die unmittelbar drängenden Aufgaben der Fürsorge für Erwerbslose keine Verzögerung erfahren. Die Bemessung der Unterstützungssätze nach dem Lohn, die Gewährung des Rechtsanspruches ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit, eine befriedigende Regelung des Streikparagrafen und Einführung eines geordneten Verfahrens bleiben unabdingbare Forderungen, deren Erfüllung keinen weiteren Aufschub verträgt.

**Entschliessung über Industrie und Gewerkschaften.**

Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt die auf der Tagung der Industriellen in Dresden erneut ausgebrochene Anerkennung der Gewerkschaften mit Genugtuung fest. Aber die außer der formalen Anerkennung von den Industriellen außerdem noch abgaben Erklärungen lassen

nicht genügend erkennen, daß man gemillt ist, aus der Bejahung der Gewerkschaften auch die notwendigen Folgerungen in der Praxis zu ziehen.

Die Anerkennung der Gewerkschaften als die von den Arbeitnehmern selbst geschaffene und daher berufene Vertretung ihrer Interessen muß gleichzeitig den endgültigen Verzicht der Arbeitgeber auf jede Förderung von gewerkschaftsfeindlichen Werksgemeinschaften enthalten. Ebenso müssen die im Dienste der wirtschaftlichen Rationalisierung errichteten Werks- und Wirtschaftsschulen jede gewerkschaftsfeindliche Tendenz vermeiden. An der Entwicklung dieser Schulen müssen die Gewerkschaften gleichberechtigt mitarbeiten. Die von Arbeitgeberverbänden betriebene Sabotage des Tarifgedankens ist mit dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken nicht vereinbar.

Eine prinzipielle Zustimmung zur Gemeinschaftsarbeit genügt nicht. Wir verlangen, daß in einer die Fehler der früheren Zentralarbeitsgemeinschaft vermeidenden Form Arbeitgeber in Industrie, Landwirtschaft und Handel gemeinsam mit den beruflichen Vertretern der Arbeitnehmer wirtschaftspolitische und sozialpolitische Maßnahmen und Forderungen sowohl zentral wie beruflich durchberaten. Wir verlangen, daß bei der zunehmenden Wichtigkeit handelspolitischer und sonstiger internationalen Wirtschaftsvereinbarungen die Arbeitgeber der Heranziehung von Arbeitnehmervertretern zu diesen Verhandlungen keine Hindernisse in den Weg legen. Eine Arbeitsgemeinschaft, die nur in unverbindlichen Unterhaltungen der beiderseitigen Führer zum Ausdruck kommt, kann nicht genügen.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß für die Zeit vom 17. bis 23. Oktober 1926 der 43. Wochenbeitrag im Jahre 1926 fällig ist.

Der Verwaltungsstelle Duisburg sind durch Einbruch eine größere Anzahl Beitragsmarken abhandeln gekommen. Wir bitten, die Ermittlungen der Kriminalpolizei dadurch zu unterstützen, daß bei etwaigem Anbieten von Beitragsmarken von unbefugten Personen sofort die Anzeige bei der Polizei erfolgt.

Teilzahlungen für das IV. Vierteljahr 1926. Die laufend eingehenden Beitragsgelder sind ohne Rücksicht darauf, ob die Abrechnung schon fertiggestellt ist, als Teilzahlungen an die Hauptkasse einzufenden.

**Berichte aus den Sahlstellen.**

**Wald.** Am Samstag, den 25. September, fand hier eine gut besuchte Versammlung unserer Zahlstelle statt, an der auch der Gauleiter, Kollege Heck, Frankfurt, teilnahm. Kollege Eisenhauer eröffnete um 9 Uhr (das war reichlich spät, D. Red.) die Versammlung. Kollege Heck hielt einen Vortrag über: Die Lage unseres Verbandes und unsere nächste Arbeit. In trefflichen Worten gab der Vortragende einen kurzen Überblick über die schwere wirtschaftliche Krise, unter der auch die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu leiden hatte. Durch die große Arbeitslosigkeit einerseits und die ausstehenden hohen Unterstützungssummen andererseits gerieten auch die Gewerkschaften in finanzielle Schwierigkeiten. So wurde auch unser Verband gezwungen, eine Beitragserhöhung, und zwar um 20 Pfennig pro Woche, vorzunehmen, um den Verbandsmitgliedern auch für die Zukunft eine gute Interessenvertretung zu sichern. Durch intensive Kleinarbeit und Erfassung aller in Betracht kommenden Kollegen muß jetzt erstrebt werden, unsern Verband weiter zu stärken. Eine besondere Mahnung richtete der Vortragende an die jugendlichen Kollegen und forderte sie zur freudigen Mitarbeit auf.

Der Vortrag des Kollegen Heck wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an den Vortrag erfolgte durch den Kollegen Eisenhauer die Ehrung von 12 Verbandsjubilaren. Kollege Eisenhauer schilderte kurz die schweren Kämpfe, die im Anfang und bis auf den heutigen Tag zu bestehen waren. Darauf überreichte er den 12 Kollegen die Diplome des Verbandes: die Gewerkschaftsnadel mit silbernem Kranz. Es sind die Kollegen: Berg, Blum, Herbert, Hermann, Langen, Panzie Franz, Panzie Karl, Müller, Sieben, Schäfer, Schulerich und Zimmermann. Alles alte bewährte Kollegen, die zum Teil am ersten christlichen Gewerkschaftskongress teilgenommen haben. Der Vorsitzende sowie der Kollege Heck sprachen den Kollegen für ihre langjährige treue Mitarbeit wärmsten Dank aus und stellten dieselben den jungen Kollegen als Vorbild hin. Nach Erledigung kleinerer Angelegenheiten wurde die anregend verlaufene Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

**Vamberg.** Am Sonntag, den 3. Oktober, hatte das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften seine Angehörigen und Freunde zu einer gemütlichen Familienunterhaltung im Polarbären-Keller eingeladen. Es galt bei dieser Gelegenheit eine Anzahl verdienstlicher Gewerkschaftskollegen, die bereits seit 25 Jahren dem christlichen Holzarbeiter-Verband angehören, zu ehren. Verschönt durch eindrucksvolle Weisen der Musikkapelle unter Leitung des Herrn Herrleben, sowie von Gesangsvorträgen der gut geschulten Sängereinheit des katholischen Arbeitervereins, Dirigent Herr Josef Choma, entwickelte sich bald im vollbesetzten Saale eine harmonische Stimmung. Den Auftakt zur eigentlichen Jubiläumsfeier bot Fräulein Mostbeck mit einem gut vorgeprägten Prolog. Der Vorsitzende der Vamberger Ortsgruppe, Herr Georg Mostbeck, schilderte in längeren Ausführungen die großen Verdienste der alten, treuen Gewerkschaftskämpfer, die mit heutigem Tage ihr silbernes Jubiläum der Zugehörigkeit zum christlichen Holzarbeiter-Verbande feiern könnten. Der Redner schilderte die schweren Zeiten der Entwicklung des Verbandes in seinen ersten Gründungsjahren. Trotzdem damals die Kollegen von Tarifverträgen, gesetzlichem Arbeiterschutz, Achtstundentag und sonstigen Errungenschaften noch weit entfernt waren,

arbeiteten sie mit aus Idealismus für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung. Solcher Idealismus und solche Treue mögen allezeit unseren jungen Mitgliedern als Vorbild dienen. Zum Schlusse wünscht der Vorsitzende den Jubilaren alles Gute auf ihrem ferneren Lebensweg und bat sie, sich fernerhin so wie bisher für unsere Sache einzusetzen. Sodann wurde den Jubilaren, den Kollegen Stöcklein, Senft, Albert, Wolf und Montag die Verbands-Chrenmunkunde mit silberner Verbandsnadel, sowie ein sinniges Geschenk überreicht. Ratellovortragender, Kollege Grapp, überbrachte die Glückwünsche des Ortskartells, worauf Kollege Albert seitens der Jubilare den tiefst gefühlten Dank aussprach, mit dem Gelöbnis für die Ziele der christlichen Gewerkschaften in Zukunft genau so zu arbeiten, wie in der schwierigen Vergangenheit. So war auch diese Feier wieder ein Beweis der Harmonie und des Zusammengehörigkeitsgefühls innerhalb unserer christlichen Gewerkschaften.

**Ummendorf.** Am Sonntag, den 26. September, hielt unsere Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter eine Versammlung ab, zu der Kollege Kaiserauer aus Stuttgart erschienen war. Punkt 2 1/2 Uhr eröffnete der Kollege Merk als Vorsitzender der Zahlstelle die gut besuchte Versammlung im Lokal zur Linde, gab die Tagesordnung bekannt und begrüßte sämtliche Kollegen, sowie den Referenten der Tagung, Kollegen Hans Kaiserauer aus Stuttgart. Nach Verlesen des Protokolls, welches ausführlich und sachgemäß abgefaßt war, ergriff Kollege Kaiserauer das Wort zu einem Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation, sowie über den Stand und Werdegang der heutigen Wirtschaftslage. Er wies in markanten Worten darauf hin, wie früher, bevor wir einen Verband hatten, gearbeitet werden mußte, um im sozialen und wirtschaftlichen Leben vorwärtszukommen und was heute noch alles geschehen müsse, um den Kampf zu Ende zu führen. Redner schloß mit der dringenden Mahnung, unentwegt treu und fest zum Verbandsstand zu stehen. Keiner dürfe abseits stehen und der Organisation den Rücken kehren. Leider ging die Zeit zu rasch vorüber und Kollege Kaiserauer mußte von uns Abschied nehmen, da er noch am gleichen Tage in Saugau eine Versammlung abhalten mußte. Sodann ergriff Kollege Gatterer noch das Wort und führte uns vor Augen, wie notwendig unsere Gewerkschaft sei, besonders wenn man sein Brot als Arbeitsloser suchen müsse. Kollege Kling gab uns verschiedene Winke über Krankenkassenangelegenheiten, Unfälle von und zu der Arbeitsstelle usw. Einigen Kollegen, die 20 Jahre lang bei der Firma J. Himmelsbach, Freiburg i. Br., Werk Ummendorf, beschäftigt und von der Firma mit einem Diplom und Geschenk geehrt waren, wurde auch seitens der Versammlung herzlich Glückwunsch ausgesprochen. Nachdem Kollege Merk allen Funktionären der Zahlstelle gedankt hatte, schloß er die schön verlaufene Versammlung abends um 6 Uhr.

**Gewerkschaftliches.**

**„Lohn- und Arbeits-Sklaven oder alle Schuld rächt sich auf Erden.“** Man sollte nicht für möglich halten, daß trotz starker Gewerkschaftsbewegung, welche sich in drei Richtungen prägt und dadurch der Weltanschauung und der Gesinnung jedes Arbeiters Rechnung trägt, festgestellt werden muß, daß die Lohn- und Arbeits-Sklaven in Danzig mehr und mehr zunehmen. Ganz besonders kraß liegen die Verhältnisse in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte der Mehrzahl der Arbeitnehmerschaft so weit, daß die Direktion resp. die Unterleitung nur einen Befehl zur Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen auszugeben braucht, und hübsch brav wird derselbe befolgt. Die ohnehin zu einem anständigen und ehrlichen Leben einer Arbeiterfamilie vollständig unzureichenden Löhne, ja man kann sagen, schon mehr Schandlöhne, wurden einfach auf Anordnung der Direktion vor einigen Wochen um 15 % reduziert, so daß sich jetzt die Entlohnung für 14 Tage so durchschnittlich in der Höhe von sage und schreibe 50 Gulden bewegt. Dieses Geld wäre schließlich gerade ausreichend, um so langsam mit einer Familie dahinzusinken und zum Schlusse den Hungertod zu sterben. Vielleicht wäre es auch ausreichend, um einem dauernd in einem Glaskasten sitzenden notorischen Faulenzer und Hungerkünstler das Leben zu erhalten. In der Eisenbahnhauptwerkstätte darf aber auf keinen Fall gespart werden. An der nötigen Anzahl Antreiber fehlt es sicher nicht. Die besten Antreiber sind aber, leider muß es gesagt sein, die Arbeiter selbst. Es ist dort glücklich schon so weit, daß ein Arbeiter den andern dermaßen an- und vorwärtsstößt, daß an ein Auschnaufen während der Arbeitszeit nicht zu denken ist. Segen ein gesundes gegenseitiges Vorwärtstreiben bei der Arbeit und entsprechend höhere Entlohnung dadurch hätten wir sicher nichts einzuwenden, aber so wird von den schlimmsten Schuftern der Con angegeben, und wehe, wer nicht mitkommt: dem sitzt die Obrigkeit im Nacken. Ueber seine Arbeit nachzudenken und zu überlegen, wie die Arbeit am besten und schnellsten gemacht wird, dazu wird keine Zeit gelassen. Ob dadurch der Betrieb einen Nutzen hat, ist eine andere Frage. Auf alle Fälle darf dem Arbeiter eben keine Zeit gelassen werden, daß er über seine Lage nachdenken kann. Er ist einmal zum Arbeitstier geboren, und wie es scheint, will die Mehrzahl dieser geborenen Lohn- und Arbeits-Sklaven es auch gar nicht anders haben. Ist noch ein Arbeiter darunter, der den Wes-

zeigen will, um die Lage zu verbessern, d. h. der für seine Berufsorganisation wirbt, so muß derselbe Gefahr laufen, bei den Vorgesetzten angefehrt und auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. So weit ist es glücklich gekommen, was man heute nicht mehr für möglich halten sollte, daß ein Arbeiter den andern im Betriebe verrät, statt sich zusammenzuschließen und gemeinsam um Verbesserung der Lage zu ringen und zu kämpfen.

Statt dem Berufsverband wöchentlich seinen Beitrag zu zahlen, schimpfen diese Herren Unorganisierte feste auf Gewerkschaft und gewerkschaftlich Organisierte. Auf der andern Seite lassen sie sich vom Arbeitgeber, und das ist in diesem Falle die für die polnische Eisenbahn arbeitende Eisenbahnhauptwerkstätte, das 10-, 20- oder noch Mehrfache des Beitrages durch die niedrigen Arbeitslöhne vom Verdienst abziehen, ohne dafür Hilfe und Unterstützung zur Notzeit zu haben, wie die Gewerkschaften dieselbe gewähren. Daß die Arbeiterchaft sich heute noch in solch ein Sklaventum einzwängen läßt, sollte man nicht für möglich halten, und das Schönste ist, wenn man hier Feststellungen macht, daß die zahlsten Schächten von heute während und nach der Revolutionszeit die größten Schreier der Gewerkschaftsbewegung waren. Aber wie sie aufgetaucht sind in der Gewerkschaft, so schnell sind sie auch wieder verschwunden, als sie merkten, daß in der Gewerkschaftsbewegung auch der Mann gestellt und gekämpft werden muß. Hier rächt sich ganz besonders der durch das Hineinlaufen in den Betrieb vor drei Jahren verlorengegangene Streik. Trotzdem die Gewerkschaften damals die Unterstützung über den statutenmäßigen Satz erhöhten, glaubte eine Anzahl der Arbeiter den Versprechungen der Betriebsverwaltung folgen zu müssen, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder anzunehmen. Diese Schuld hat sich furchtbar gerächt, und heute haben sie alle den Dank dafür. Nicht viel besser wie in den Gesamtbetrieben sieht es heute aber auch schon auf der Danziger Werft aus, von Schichau gar nicht zu reden. Die Hoffnung der Gewerkschaftler ist nur die, daß es aber auch hier in diesem Betrieb einmal ein Erwachen geben wird. Vielleicht, und das nehmen wir mit Bestimmtheit an, wird die Direktion die Knute noch schärfer und härter schwingen, so daß dann letzten Endes doch kein anderer Ausweg mehr bleibt, um zum Mittel der Selbsthilfe, und das werden immer die Gewerkschaften sein, zu greifen. Besser wäre es, wenn die Einsicht unter der Arbeiterschaft schon vorher kommen würde. Die Berufsverbände innerhalb der christlichen Gewerkschaften würden sich freuen, an die Stelle des geringen Lohnes und der miserablen Verhältnisse dieser bedauerenswerten Arbeiterschaft eine Besserung schaffen zu können.

Aufgewacht und hinein in die christlichen Berufsverbände!

Religiöse und politische „Neutralität“ der freien Gewerkschaften. Die sozialistischen Gewerkschaften haben immer versucht, sich ein neutrales Mäntelchen umzuhängen, um auch die nichtsozialistischen Arbeiter zu gewinnen. Ab und zu lassen sie aber die Vorsicht an der Seite und zeigen ihr wahres Gesicht.

Die Betriebsratszeitschrift (15/1926) des Deutschen Metallarbeiterverbandes bringt eine Empfehlung des „Pflaßspiegel“ mit der Bemerkung: „Das Werk, in dem die historischen Denkmale des Janatismus in der römisch-katholischen Kirche zusammengetragen sind, ist heute noch so aktuell wie bei seinem Erscheinen. Der Sieg der katholischen Länder im Weltkriege macht den Kampf gegen den Ultramontanismus und der in ihm wurzelnden politischen Parteien in Deutschland, das Zentrum also, noch notwendiger als je, wozu die Schrift treffliche Waffen liefert.“

In einer in der gleichen Nummer enthaltenen Empfehlung von: „Thron und Altar ohne Schminke“, die „R. D.“ (Robert Döhnann) unterzeichnet ist, steht zu lesen: „Dieses Buch enthält vergessene Historien und Hühnerchen von Pfaffen, Fürsten und Maitressen. An der Gehirnleistung der breiten Massen beteiligte sich in einträchtiger Niedertracht auch der Klerikalismus. Das Werk ist ein Beitrag zur Förderung des sozialistischen Werdepromesses.“

Für einen Katholiken, der auf seine Selbstachtung bedacht ist, gibt es hier nur eins, nämlich von diesen Leuten und von den freien Gewerkschaften sehr weit abzurücken. Auch die politische Neutralität der freien Gewerkschaften sieht in der Praxis sehr merkwürdig aus. So erließ der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Alsbach an die Vorstände und Delegierten der freien Gewerkschaften folgende Einladung: „Wir laden Sie hierdurch zu einer gemeinsamen Sitzung

der Gewerkschaftsvorstände und Funktionäre mit den Vertrauensleuten der S.P.D. ein, die am Donnerstag, dem 9. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet. Tagesordnung: 1. Werbearbeit für Partei und Presse. 2. Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Partei. Diese Aussprache macht sich notwendig wegen einer bevorstehenden Werbeweche für die Partei. Wir erwarten, daß Sie anwesend sind. Diese Einladung gilt als Ausweis.“

Warum auch nicht. Sind doch nach dem Ausspruch führender Sozialdemokraten sozialistische Partei und freie Gewerkschaften zwei Ausstrahlungen einer gemeinsamen Sache.

Fachtechnisches.

Holz mit schillernden Farbeneffekten. Die auf verschiedenen Geweben, wie Seide, Kunstseide (Glanzstoff) und dergl. bekannten irrisierenden Farbeneffekte sind durch die glänzenden Kettenfäden und der in anderer Richtung verlaufenden, ebenfalls glänzenden Schußfäden bedingt. Diese schillernden und glänzenden Farbeneffekte sind mitunter auch auf Holz erwünscht. Man erreicht dies, indem man sich die Empfänglichkeit der Holzfasern zunutze macht. Auf das zuvor sorgfältig geglättete Holz wird eine gemischte Beizlösung aufgebracht. Cartrajingelb, Azindiolett und Azinblau werden in heißem Wasser in beliebigen Verhältnissen gelöst und gemischt. Die Konzentration der Lösungen kann beliebig variiert werden. Die Beize wird heiß mit einem Schwamm aufgetragen. Ein Verschmelzen der Farbtöne tritt beim Mischen nur in geringem Grade ein, und da sich die Holzfasern den einzelnen Farbstoffen gegenüber verschieden empfindlich verhält, entmischen sich beim Auftragen gewissermaßen die verschiedenen Farbtöne, wobei entsprechend der Beleuchtung ganz ähnlich wie auf Geweben der schillernde irrisierende Effekt hervorgerufen wird. Wenn Gelb und Violett zu gleichen Teilen zusammengebracht werden, wird die stärkste irrisierende Wirkung erzielt. Ueberwiegt eine oder die andere Farbe, so wird unter Abminderung der Schillerwirkung eine andere Gesamtfärbung erzielt. Will man die durch Gelb und Violett entstehenden beschränkten Effekte vermehren, so können vorteilhafte weitere Tönungen zunächst durch Hinzufügen von Blau erzielt werden. Da das Azindiolett sich gleich allen übrigen violetten Teerfarbstoffen bei künstlichem Licht verändert, erscheint es in einem an gelben Strahlen reichen Lichte intensiver rot als bei Tagesbeleuchtung; den wichtigsten Einfluß auf den erzielten Effekt hat jedoch die betreffende Holzart. Bei feinen glänzenden Fasern ist die Wirkung ganz ungleich vorteilhafter als bei groben glanzlosen Fasern. Zur Erzielung schillernder, satiniertiger Farbeneffekte wird man infolgedessen an vorteilhaftesten Ahornholz, gegebenenfalls auch die feinfaserige Tanne bemühen.

Das Polieren derartig gebeizter Hölzer erfordert einige Übung und Erfahrung; denn die irrisierende Wirkung läßt sich auch bei scheinbar gut eingedungenen Färbungen nach. Man bemüht am vorteilhaftesten nur ganz farblose Polituren, Wachs und Lacke. Wenn sich die derart erzielten schillernden Effekte dem Satinholz nicht vollkommen nähern, so können in dieser Weise doch durchaus ansprechende Färbungen und irrisierende Effekte erzielt werden. K. M.

Literarisches.

Der Spargedanke in der Konsumgenossenschaftsbewegung von R. Schlösser. Köln 1926. Verbrauchergenossenschaftliche Bücherei des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine Nr. 9.

In einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, der Verarmung im Deutschen Reich, in einer Zeit, wo der Spartrieb durch die Folgen des Krieges und der Inflation verlorengegangen ist, ist es erfreulich, daß eine Broschüre erscheint, die den Spargedanken in den Vordergrund des Interesses rückt. Die Schrift von R. Schlösser: „Der Spargedanke in der Konsumgenossenschaftsbewegung“ behandelt in interessanter, allgemein verständlicher Art die wirtschaftliche und erzieherische Bedeutung des Sparens, die besondere Bedeutung des Sparens in der Konsumgenossenschaftsbewegung, die Geschichte und den Stand der Konsumgenossenschafts-Sparkassen und neben wichtigen Anregungen in der Betriebstechnik den zentralen Ausbau des Konsumgenossenschafts-Sparwesens.

Wie leicht werden kleine Geldbeträge unnütz ausgegeben oder leichtsinnig verschleudert, und wie wertvoll sind sie für die

deutsche Volkswirtschaft! Bei der Sparkasse jedoch hat man Gelegenheit, Kleinigkeiten zu sammeln, Pfennig für Pfennig, Groschen für Groschen, so daß sie nachher zu einem kleinen Kapital anwachsen können. Allein das Vorhandensein von Gelegenheiten, dem Sparbetrieb zu genügen, erzielt diese Wirkung, hat großen erzieherischen Erfolg, gibt Anleitung zur Selbstdisziplin und häuft langsam die Mittel an. So steht man späteren besonderen Lebensfällen, größeren Anschaffungen, notwendigen Sonderausgaben und manchen andern nicht vollkommen ratlos gegenüber.

Hervorragend das Genossenschaftswesen hat für Zwecke der Kapitalanammlung und der wirtschaftlichen Kräftigung sich besondere Verdienste erworben, denn der Gründung der Konsumgenossenschaften lag der Sparfimmel als Leitmotiv zugrunde. Als besondere Spar-Einrichtungen treten dann die speziellen Genossenschafts-Sparkassen hinzu. Diese können als gute, vorzüglich geeignete Aufbaueinrichtungen die kleinsten Einzahlungen sammeln, die für die Zeiten der Not ständig zurückgelegten Sparpfennige erfassen.

Die kleine vorzügliche Schrift soll bei der erschreckenden Gleichgültigkeit der Zeit mit großer Eindringlichkeit auf die allgemeine Notwendigkeit unbedingten Sparens hinweisen. Sie soll den verantwortlichen Leitern und der Verwaltung der Konsumgenossenschafts-Sparkassen die ungeheure Verpflichtung immer wieder predigen, den Sparenden in heutiger Krisenzeit jede nur erdenkliche Bequemlichkeit zur Erleichterung der Einzahlung zu bieten; zum Nutzen ihrer Einrichtungen, zum Vorteil für den Einleger und zur Mehrung der Kapitalkraft für die Gesamtheit.

Für die Organisation der Sparkassen werden gute Winke gegeben. Nicht ohne Berechtigung ist der Hinweis auf ein druckvolles Werbemittel, um jedes kleinste Kapitalteilchen fruchtbar zu machen, um auch den letzten Verbraucher zu interessieren. Neben einem interessanten Ueberblick über die Geschichte der Konsumgenossenschafts-Sparkasse sind besonders die praktischen Anregungen zum Ausbau der Betriebstechnik, Anschaffung von Heimsparbüchern, Werbung der Jugend usw. und zum zentralen Weiterausbau besonders wertvoll.

Möge durch diese Schrift in der Genossenschaftsbewegung, welche gleichzeitig die Spar- und die Konsumkraft organisiert, besonders der Spargedanke Ausbreitung finden.

Nur für Mitglieder unseres Verbandes!

Klassiker-Ausgaben und sonstige Werke des Verlags:

(Goethe, Schiller, Uhland, Shakespeare usw. sowie „Faust“, Goethes Gespräche mit Eckermann“, sämtliche Werke von Gustav Freytag, wie „Soll und Haben“, „Die Ahnen“ usw., „Quo vadis“, „Ben Hur“, „Die letzten Tage von Pompeji“, „Gitta Berling“, „Jerusalem“, „Zwischen Himmel und Erde“, „Friedemann Bach“, „Eckehard“, „Der grüne Heinrich“, „Der Graf von Monte Christo“ usw.) können durch unsere Buchhandlung, den Christlichen Gewerkschaftsverlag, zu einem fabelhaft billigen Preise, wie ihn keine Buchhandlung oder Buchgemeinschaft bisher geboten hat, bezogen werden.

Preise für Klassiker-Ausgaben:

Jeder Band, etwa 800 Seiten stark, in Ganzleinen Mk. 2.85, in Halbleder mit Goldschnitt Mk. 4.65, für kulturhistorische Romane: jeder Band 350 bis 800 Seiten stark, Ganzleinen mit Goldschnitt Mk. 1.95 und Mk. 2.35, in Halbleder mit Goldschnitt, zweifarbigen Titel und Kopfgoldschnitt in Schutzkarton Mk. 3.35. Besonders günstig ist Gustav Freytag, „Soll und Haben“, 784 Seiten, Die verlorene Handschrift, Ganzleinen, je Mk. 2.35, Die Ahnen, 6 Bände, einzeln in Ganzleinen gebunden, je Mk. 1.95, Die Ahnen, 6 Bände in 2 Bände gebunden, in Ganzleinen, insgesamt 1750 Seiten, zusammen Mk. 4.70. Dieselben Bände in Halbleder, jeder Band Mk. 3.35. Sämtliche Ausgaben sind ungekürzt, haben hübsches Papier und eine schöne augenschonende Schrift.

Diese Preise sind nur für Mitglieder unseres Verbandes,

daher ist bei Bestellung die Angabe der Mitgliedsnummer unbedingt erforderlich. Ein genauer Preisverzeichnis wird auf Wunsch gern zugesandt. Siehe auch die Besprechung im literarischen Teil dieser Zeitung.

Christlicher Gewerkschaftsverlag Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25

Die Handwerkskunst im Holzgewerbe

ist die Fachzeitschrift für jeden vorwärtsstrebenden Tischler.

Der Bezugspreis ist vierteljährlich 2,- Mark.

Bestellungen sind an die Zahlstellen unseres Verbandes oder direkt an die Geschäftsstelle der Handwerkskunst Köln, Benloewwall 9, zu richten.

Wirklich tüchtige Fertigpolierer

für furnierte Schlafzimmer sofort gesucht.

Gustav Bühler, Spaichingen (Württbg.)

Auffehererregende Neuheit:

Konzert-Violin-Duett-Zither „Sibola“ sowie alle anderen Musikinstrumente, wie Geigen, Mandolinen, Gitarren, Harmonikas usw. vermittelt direkt vom Erzeuger zum Verbraucher

Richard Barthel, Opera 1. Thür. Robert-Fischer-Strasse 4.

Vertreter überall gesucht. Leicht und angenehmer Nebenverdienst.